

DES BUNDESREPUBLIKANISCHEN MACHTKARTELLSZur Lage und zu den Auseinandersetzungen um eine Reorganisation der Lehrlingsausbildung

Je stärker sich das bundesrepublikanische System der Berufsausbildung nach unten verbreitert, desto deutlicher werden die in ihm angelegten Widersprüche - und desto offenkundiger tritt die ihm eigene Unterdrückungsfunktion im Sinn der Selbsterhaltung kapitalistischer Herrschaft zutage. Es verstärkt sich die Tendenz, nur bestimmte Teile des Ausbildungsektors zu reorganisieren: ihre Planifikation gerinnt zu einer bewußt geplanten Ungleichzeitigkeit. Da die Problematik der Lehrlingsausbildung in der studentischen Opposition weitgehend unbekannt ist, soll die Struktur der Berufsausbildung der ca. 1,3 Millionen Lehrlinge in der Bundesrepublik etwas ausführlicher dargestellt werden.

1. Unterdrückungsfunktion der Volksschule -Hauptschule-

Der größte Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung (etwa 80%) geht von der Hauptschule (Volksschule) aus direkt in die Berufsausbildung. Er wird von der Maxime der "volkstümlichen Bildung" geprägt, die "allgemeinbildend-praktisch" bezogen ist und jeglichen gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Fachunterricht ausschließt. Verbale und methodisch-logische Fähigkeiten werden verstümmelt. Die Kinder, die ohnedies meistens in sprachrestriktiven Verhältnissen aufwachsen (Arbeiterkinder) müssen notwendigerweise gerade in der Selektionsphase der Grundschule (im 4. und 5. Grundschuljahr Abgang in die Sekundarschulen) vorübergehend versagen. Sie werden von ihren Eltern und Erziehern unbewußt dazu gedrängt, stattdessen manuelle Fähigkeiten (sogenannte praktische Begabung) zu entwickeln. Auf diese Weise werden sie automatisch in die Gesellschaft und in die materielle Produktions- und Distributionsphäre als "Unterschichten" eingeordnet.

2. Lehrlingsmarkt und manipulierte Berufsberatung

Die "volkstümliche" Bezogenheit der Grundschulausbildung ergibt ein sprachloses und fungibles Nachwuchspotential, das von den Arbeitgeberverbänden und den Kammern reibungslos verwertet werden kann.

2.1.

Die Manipulation der Grundschulabgänger beginnt auf dem Lehrlingsmarkt: es herrscht angeblich ein Angebot an Lehrstellen, das beispielsweise für 1966 mit 367 000 angegeben worden ist. Diese Zahl spiegelt jedoch keineswegs einen "gewerblichen Nachwuchsmangel" wider, sondern bezeugt lediglich das Bestreben, möglichst viele Lehrlinge als billige Arbeitskräfte auszubeuten.

2.2.

Die Lehrlingsausbildung wird bewußt fehlgeleitet. Sie erfolgt nur zu einem geringen Teil in den Großbetrieben der Konzerne! die Mehrzahl der Lehrlinge wird von kleinen Warenproduzenten und -Verkäufern (Handwerk, Kleinindustrie, Einzelhandel) dazu benutzt, um sich unter Ausbeutung ihrer besonders billigen Arbeitskraft gegen den Konkurrenzdruck der großen Industrie zu behaupten. Nach ihrer Gesellenprüfung werden bis zu zwei Drittel der jungen Arbeiter und Handwerksgehlen aus ihren Lehrbetrieben entlassen. Schon 1964 haben von 47 ausgewählten Berufsgruppen nur noch 51% ihren erlernten Beruf ausgeübt: bei den Stahlschmiedern waren es nur noch 31,8, bei den Kraftfahrzeughandwerkern 41,6, bei den Bäckern 37,5 und bei den Schneidern 42,1%. Die freigesetzten Arbeiter und Handwerker wurden von der Großindustrie als Hilfsarbeiter übernommen.

2.3.

Voraussetzung der Fehlleitung ist eine den Interessen der Industrie

4

und des Handwerks angepaßte Berufsberatung. Arbeitskräfteplanungen gibt es nur in den Industrie- und Handelskammern. Wissenschaftliche Literatur zur Berufsausbildung fehlt so gut wie vollständig; die Unterlagen der Beratungsstellen in den Arbeitsämtern machen es den Schulabgängern und ihren Eltern unmöglich, ihre Berufschancen abzuschätzen. Hinzu kommt, daß den jährlich 900 000 Ratsuchenden bei den Arbeitsämtern ganze 2000 Berater zur Verfügung stehen.

2.4.

Im Ausbildungsprozeß selbst werden die Lehrlinge zu einem Drittel als unbezahlte Hilfsarbeiter benutzt (Reinigungsarbeiten, Lebensmitteleinkauf, Gebäudeanstreichen, Lagerumräumen usw.). Bei einer Befragung durch den DGB im Jahr 1965 gaben Lehrlinge an, daß ihre Facharbeitszeit pro Arbeitstag (zwischen 8,1 und 9,4 Stunden) im Handel 5,1, im Handwerk 5,3 und in der Industrie 5,8 Stunden beträgt.

3. Zur Lehrlingsausbildung im Handwerk, in der Distributionsphäre und in der Industrie

Mehr als 90% der Lehrlinge werden in Betrieben ausgebildet, die in Fragen der Berufsausbildung ausschließlich von den 81 Industrie- und Handelskammern und den 45 Handwerkskammern und den 45 Handwerkskammern 'kontrolliert' werden. Diese regionalen Unternehmerinstitutionen sind demnach für die Misere der Berufsausbildung voll verantwortlich. Ein "duales" Ausbildungssystem ("theoretische" Ausbildung in den Berufsschulen) existiert nur auf dem Papier. Die für alle Lehrberufe vorgeschriebenen 8 Berufsschulstunden (=Ausfall eines Arbeitstags in der Woche) sind völlig unzureichend und außerdem inhaltlich katastrophal organisiert: in dem Fach "Gemeinschaftskunde" wird die "volkstümliche Bildung" der Grundschule, jetzt zur faschistischen Gemeinschaftsideologie erweitert, fortgesetzt. Darüber hinaus liegt die tatsächliche Stundenzahl im Durchschnitt um ein Viertel unter der vorgeschriebenen Zeiteinheit.

3.1. (Handwerk)

Noch 1967 wurden knapp zwei Drittel aller "gewerblichen" Lehrlinge in Industrie und Handwerk vom Handwerk absorbiert (460 000). Sie machten 17,4% der Arbeiter aus, während in der Industrie auf 100 Arbeiter nur 4 Lehrlinge kamen. In den 200 000 kleinen Handwerksbetrieben werden die Lehrlinge buchstäblich auf vorindustrielle Produktionsverhältnisse getrimmt. Spezialisierte Lehrausbilder gibt es nicht. Obwohl zwischen 1950 und 1967 die Zahl der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben um 27% zurückging, hat die Zahl der Lehrlinge in der gleichen Zeit nur um 7% abgenommen; sie ist 1967 sogar wieder leicht angestiegen.

3.2. (Tertiärer Sektor)

Als kaufmännische Lehrlinge gelten alle, die in dreijährigem Turnus auf Handels-, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe vorbereitet werden, obwohl von einem einheitlichen "kaufmännischen" Sektor nicht gesprochen werden kann. Ihre Zahl hat sich zwischen 1950 und Ende 1967 mehr als verdoppelt (222 800 auf 516 000), während die Zahl der "gewerblichen" Lehrlinge nur um 8% stieg. Dieser überproportionale Zuwachs ist die Folge des zunehmenden parasitären Staatsverbrauchs, der Erhöhung des Existenzniveaus der lohnabhängigen Massen und der Expansion unproduktiver Wirtschaftszweige wie des Bank- und des Versicherungswesens. Wenn man von einigen Spezialberufen absieht, ist die Ausbeutung der Lehrlinge im Distributionssektor besonders intensiv. Es gibt keine Ausbildungseinrichtungen, die den industriellen Lehrwerkstätten vergleichbar wären. Die kaufmännischen Lehrlinge vollführen nach einer kurzen Einarbeitungszeit reine Angestelltenfunktionen oder Hilfsdienste. Gleichzeitig ist die Ausbildung noch stärker als in der produktiven Sphäre auf kleine Betriebe konzentriert: etwa 60% der Lehrlinge sind in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten tätig. Auch der Ausbildungsmodus ist schlechthin anachronistisch: der Lehrberuf "Einzelhandelskaufmann", der noch immer von 13,4% aller Grundschulabgänger "ergriffen" wird (1967: 177 000) ist nach wie vor darauf ausgerichtet, einen Überblick über alle Geschäftsvorgänge des Unternehmens im Sinn eines Betriebskontors gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu vermitteln.

5  
Heute sind aber die meisten Einzelhandelsbetriebe in Supermärkten, Handelsketten und Selbstbedienungsläden umgewandelt, in denen der Kaufmann nur noch ausführender Handlanger einer Zentrale ist, die alle Einzelheiten des Verkaufs und der Abrechnungstechniken festlegt. Auch die übrigen Ausbildungsziele für die kaufmännischen und Büroberufe sind inzwischen der Rationalisierung und Automatisierung im Tertiärsektor zum Opfer gefallen.

Trotzdem wird auch in nächster Zeit an der "mittelständischen" Berufsausbildung festgehalten werden. Die reaktionären "Berufsbilder" haben eine wichtige ideologische Funktion: sie sollen den Tatbestand verschleiern, daß die Lehrlinge in den vor der Rationalisierung stehenden Betrieben der Distributionesphäre als besonders billige Dreijahreshilfsarbeiter ausgebeutet werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die weiblichen Lehrlinge, die bei den "gewerblichen" Berufen (mit Ausnahme der Friseur-, Textil- und Bekleidungsberufe) eine verschwindende Minderheit bilden, in den kaufmännischen Berufen in der Mehrheit sind. Ihr Anteil hat sich zwischen 1950 und 1966 von 58,0 auf 63,5% erhöht, wobei wiederum der Zuwachs der weiblichen Lehrlinge in den Sparten mit geringem Qualifikationsniveau und geringen Aufstiegschancen besonders stark ist. Hier wiederholt sich die dem bundesrepublikanischen Kapitalismus generell eigene Tendenz, in absterbende Berufszweige möglichst Frauen (in der Industrie: Frauen und "Gastarbeiter") hineinzuziehen. Sie sind noch billiger als die männliche Arbeitskraft (im Durchschnitt 30%), dienen vorzüglich der Bildung von Extramehrwert zur Vorbereitung einer neuen Rationalisierungswelle und treten im Entlassungsfall nicht als Arbeitslose in Erscheinung, weil sie verheiratet sind oder sich im Fall des sozialen Abstiegs und zunehmender Arbeitsqual in die Ehe flüchten können. Die Unternehmer haben für diesen Sachverhalt einen makabren Begriff eingeführt. Sie nennen junge Arbeiterinnen "Zehnjahresmädchen" und handeln entsprechend, indem sie sie zusätzlichen Ausbeutungsmechanismen unterwerfen.

### 3.3. (Industrie)

Nur ein Drittel aller "gewerblichen" Lehrlinge wird in der Industrie ausgebildet (und zwar 1967 = 263 400. Zum Vergleich: Handwerkslehrlinge = 460 000, Lehrlinge des tertiären Sektors = 516 000). Davon kommen wiederum nur knapp 30% in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten unter, obwohl in diesen ca. 40% aller Industriearbeiter tätig sind. Mit zunehmender Betriebsgröße (über 1000 Beschäftigte) nimmt die Lehrlihsquote weiter ab.

Zusätzliche Daten zeigen, daß auch in der Industrie nur etwa 40% der Lehrlinge eine Berufsqualifizierung erhalten, die neben der materiellen Produktion stattfindet und nicht von vornherein ausschließlich der Profiterzeugung dient: 1963 wurden 42% der Industrielehrlinge in 2 069 Lehrwerkstätten ausgebildet. Wenn damit auch die Zahl der Ausbildungsplätze seit 1952 mehr als verdoppelt worden ist, wurde doch der Vorkriegsstand lange nicht erreicht. 1939 gab es bei einer etwa gleich großen Lehrlingszahl in der Industrie 5000 betriebliche und 200 überbetriebliche Lehrwerkstätten.

Infolgedessen bietet sich die viel zu geringe Zahl an Ausbildungsstätten als einfach zu handhabender Selektions- und Disziplinierungsmechanismus an. Über die größten und am besten ausgestatteten Lehrwerkstätten verfügt die forschungsintensive Großindustrie. Sie kann jährlich aus 10 Bewerbern einen ihr besonders genehmen auswählen (dabei werden "drop-outs" aus den Sekundarschulen - ähnlich wie bei der Polizei -) bevorzugt. Der Disziplinierungsmechanismus wird bis heute noch von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich gehandhabt. Er konvergiert jedoch in der Zielstellung, eine "Betriebselite" herauszufiltern, die noch nicht einmal innerhalb des Konzerns mobil ist und nur der Profitinteressen des Einzelunternehmens nützt. Daß darüber hinaus ein kritisches Distanzierungsvermögen gegenüber den betrieblichen Herrschaftsstrukturen (Betriebspsychologie, soziologisch abgesicherte Verfahren zur Steigerung der Arbeitsintensität usw.) von vornherein durch teils offen paramilitärische, teils mehr an die Praxis der nazistischen "Deutschen Arbeits-

6 front" abgepaßte Interaktionsformen (Betriebsausflüge, Betriebssport usw.) unterlaufen wird, gilt weithin als selbstverständlich. Der Anteil der Lehrlinge, die in Lehrwerkstätten ausgebildet werden, schwankt von Industriebranche zu Industriebranche außerordentlich stark. Er ist am größten im Sektor Eisen und Metall, auf den (1964) 83% aller Lehrwerkstätten in der Bundesrepublik entfallen. Dementsprechend werden in Eisen und Metall 57,5% der Lehrlinge in Lehrwerkstätten ausgebildet. Dem Metallsektor folgt die chemische Industrie, die 1964 von ihren 8000 Lehrlingen 17,2% in Lehrwerkstätten ausgebildet hat. Schließlich ist die Werkstättenausbildung in der Industriebranche Bekleidung (1964: 5500 Lehrlinge, davon 16,1% in Lehrwerkstätten) noch relativ hoch; in anderen Sparten (Textil: 4,5, Papier und Druck 1,9 und Bau 1,3%) erreicht sie vernachlässigungswerte Größen. Auch die überbetrieblichen Lehrwerkstätten der Industrie- und Handelskammern sind kaum erwähnenswert. Ende 1965 gab es ihrer 35, davon allein 10 im Industrie- und Handelskammerbereich Ludwigshafen, weil der Chemiekonzern BASF auf die Kapazitätserweiterung seiner eigenen Lehrwerkstätten verzichtet hat und die billigeren Gemeinschaftseinrichtungen als ErgänzungsKapazitäten benutzt. Von einiger Bedeutung ist schließlich, daß ein Teil der Industriehrlinge (1961: 29 800, die Zahl hat sich seither nur unwesentlich erhöht) in den großen Konzernen der chemischen, elektro-technischen und optischen Industrie zu "technischen Sonderfachkräften" ausgebildet wird (Meß- und Regelmechaniker, technische Zeichner, Physikalaborant, Chemielaborant). Die absolute Zahl ist jedoch bis heute lächerlich gering; darüberhinaus werden diese eng spezialisierten Berufe größtenteils der Automation zum Opfer fallen.

3.4. (Zusammenfassung)

Wenn man von vernachlässigungswerten Ausnahmen absieht, nehmen die Disproportionalitäten in der Berufsausbildung rapid zu. Eine kleine Gruppe von Lehrlingen wird in der forschungaintensiven Großindustrie zu einer neuen Arbeiter-Aristokratie hochgezüchtet. Der Masse der jungen Arbeiter bleibt eine derart vermittelte berufliche Qualifikation erspart. Wenn sich die Automation in allen Sparten der Produktion und Distribution weiter fortsetzt, werden sie eines Tages nach dem Abschluß ihrer Lehre nicht mehr als Hilfsarbeiter unterkommen: vor allem die Handwerksgehilfen werden arbeitslos. Über die Tendenz zur jugendlichen Arbeitslosigkeit, die mit einer Arbeitslosigkeit der über 45-jährigen Arbeiter korrespondieren wird, vermag auch die gegenwärtige Hochkonjunktur nicht hinwegzutäuschen. Daß ~~man~~ 1968 durch Rationalisierungseffekte über 800 000 Arbeiter freigesetzt wurden (sie sind im Zusammenhang mit der neuen Exportoffensive des bundesrepublikanischen Kapitals noch einmal an anderen Arbeitsplätzen untergekommen), spricht eine deutliche Sprache. Jedenfalls ist zu erwarten, daß bei einer Einschränkung des Kapitalexports die in der Berufsausbildung angelegten latenten Widersprüche schlagartig manifest werden.

Da die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Produktions- und Distributionsphäre die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zur Voraussetzung hat, können die Bemühungen um eine isolierte Harmonisierung und Verbreiterung des Niveaus der Berufsausbildung bestenfalls eine verzögernde Wirkung im Hinblick auf die Verschärfung der in ihr angelegten Widersprüche zur Folge haben. Reformmodelle, die sich auf den Ausbildungssektor beschränken, ohne die in ihm zutage tretenden Widersprüche nach ihren Ursachen abzufragen, verschleiern den sozialen Konflikt, der spätestens mit der Jugendarbeitslosigkeit offen werden wird. Im Übrigen sind sie allenfalls dazu angetan, den Funktionären der Großkonzerne Argumentationsmaterial zu liefern, mit dem diese ihr Ziel, die Produktionsverhältnisse im Sinn weiterer Kapitalzentralisation zu verändern, 'progressiv' absichern können. Ohne revolutionäre Perspektive gerinnt jede 'kritische' Bildungsökonomie zu einem Hebel für die weitere Entfaltung der kapitalexpansiven Gruppe des Machtkartells zu Lasten der mittleren und kleinen Industrie.

4. Tendenzen zur Reorganisation der Lehrlingausbildung

Bei der Untersuchung der Bestrebungen um eine 'Reform' der Berufsaus-



Voraus selektierten 25 % Hilfsarbeiter und 45 % Facharbeiter 2. Klasse auf einen bestimmten technischen Entwicklungsgrad des Produktionsprozesses fixiert und in jeder Beziehung an den Konzern gefesselt. Erst in der 3. Stufe der Ausbildungsplanung, (für die restlichen 30 % Facharbeiter 1. Klasse) werden theoretische Anforderungen gestellt, die zu einer gewissen Mobilität führen (Mehrfacheinsatz an hochwertigen Spezialmaschinen, Wartungs- und Kontrollarbeit an Automaten). Hier entsteht die zukünftige Produzentenelite, die auch bei Übergang zur Teil- und Vollautomation nicht freigesetzt werden wird. Da über die Zugehörigkeit zu dieser Leistungsstufe (ebenso wie zu den beiden anderen!) schon zu Beginn der Lehrzeit durch einen Initialtest entschieden wird, ist der in sie vorrückende Teil der Lehrlinge von Anfang an derart von dem immobilien Rest isoliert, daß er verspricht, das ihm mitgeteilte Produktivitätsniveau in einen reaktionären Korpsgeist umzusetzen, statt daß es zur Erkenntnistheoretischen Grundlage der Umwälzung der Produktionsverhältnisse wird. -

Die 4. Ausbildungsstufe (Technikerstufe) schließlich macht den Konzern von den staatlichen Ingenieurschulen weitgehend unabhängig. Da die meisten Ingenieure (auch und gerade die Absolventen der Technischen Hochschulen) im Normalfall ohnedies nach ihrer Diplomprüfung von den jeweiligen Konzernen in bis zu 2 Jahre dauernden Spezialkursen zusätzlich auf ihre künftige Tätigkeit vorbereitet werden, ist die Dequalifizierung der staatlichen Zentren der Ingenieurausbildung für die Großindustrie relativ ungefährlich. Sie hat lediglich an einem (sehr kleinen) hochqualifizierten Wissenschaftlerpotential für ihre Forschungsabteilungen Interesse (vgl. den Abschnitt zur Entwicklung der Ingenieurausbildung).

#### 4.3. (Bestrebungen zur technokratischen Gesamtplanifikation der Berufsausbildung)

Um eine umfassende Gesamtplanifikation der Berufsausbildung haben sich seit Jahren die Gewerkschaften und seit neuestem auch der "Deutsche Bildungsrat" bemüht. Wenn man die sich verschärfende Ungleichzeitigkeit der Expansion der materiellen Produktion und Distribution bedenkt, wird man sich über die Chancen derartiger Modelle keine Illusionen machen. Trotzdem sind die von den Gewerkschaften und dem "Bildungsrat" vorgelegten Pläne keineswegs fortschrittlich. Der "Stufenplan" der IG-Metall unterscheidet sich beispielsweise von den in den Großkonzernen inzwischen gehandhabten Methoden nur darum, daß alle Lehrlinge der Metallverarbeitenden Industrie durch die einzelnen Ausbildungstufen hindurchgehen sollen, während in der Praxis der Konzerne die Selektion schon zu Beginn des Lehrverhältnisses vorgenommen wird. Letzten Endes hat jedoch auch der IG-Metall-Plan zur Folge, daß die jungen Metallarbeiter in drei hierarchisch gegliederte Gruppen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau aufgesplittert werden - was alles mögliche nach sich ziehen kann, nur keine Klassensolidarität. Statt daß eine einheitliche, theoretisch-wissenschaftlich fundierte Grundausbildung eingeführt und eine schon in der Hauptschule zu realisierende Polytechnische Ausbildung als Basis gefordert wird, sehen die ersten beiden Stufen des IG-Metall-Modells ebenfalls nur eine Vermittlung von praktisch-handwerklichen Fähigkeiten vor! Erst in der dritten Stufe, die nur einer Minderheit der jungen Arbeiter offenstehen soll, soll die "Kenntnisvermittlung" Vorrang haben". In der Perspektive der IG-Metall werden die Lehrlinge demzufolge nicht nur hierarchisch aufgesplittert, sie werden gleichzeitig in ihrer Mehrheit (Stufen I und II) immobilisiert und in eine latente industrielle Reservearmee umgewandelt.

Wenn so on die IG-Metall die Interessen der jungen Arbeiter derart vernachlässigt, nimmt es nicht wunder, daß in den Forderungen ihres Dachverbandes, des DGB, nur noch davon die Rede ist, die inzwischen verwirklichten Reformmodelle (z.B. Krupp-Plan!) seien zu "unterstützen". Dabei wird noch nicht einmal davon gesprochen, daß die größten Konzerne (wenigstens im Sinn reformistisch-sozialdemokratischer Praxis!) gezwungen werden müßten, ihre Lehrwerkstätten so auszubauen, daß die Lehrlingsausbildung nicht einfach nur den genau kalkulierten Nachwuchsinteressen der Konzerne dient.

Je mehr er sich von den konkreten Bedürfnissen der jungen Arbeiter

im Betrieb entfernt, desto mehr ist der DGB freilich darauf aus, die Berufsausbildung zu einem Problem der von ihm geforderten Verstaatlichung seines eigenen Funktionsapparats zu machen (sogenannte Mitbestimmungskampagne). Dabei hat er auch die Agitation für ein (lange überfälliges) Berufsausbildungsgesetz zum Hebel seiner eigenen öffentlich-rechtlichen Institutionalisierung gemacht.

Nach langem Tauziehen, das 1966 mit isolierten Gesetzentwürfen der CDU/CSU und der SPD begann, hat die Regierung der "Großen Koalition" inzwischen einen gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes zur Berufsausbildung vorgelegt, der gerade in diesen Tagen in zweiter Lesung verabschiedet wird. Auch der DGB, der 1966 gegen den SPD-Plan (der mit dem gegenwärtigen Entwurf weitgehend identisch ist) noch gewisse Vorbehalte geäußert hatte, ist inzwischen auf großkoalitionellen Kurs gebracht. Dabei ist der jetzt anstehende Entwurf, den sogar der "Bildungsrat" jüngst mit einer "Empfehlung zur Verbesserung der Berufsausbildung" mit einigen progressiven Elementen überholte (Beteiligung der Lehrlinge statt der DGB-Funktionäre an den einzelnen Entscheidungsprozessen), derart verwässert, daß er an der disproportionalen Entwicklung der Berufsausbildung nicht das Geringste ändert. Einige planifikatorische Elemente (Arbeitskräfteplanung, Berufsprognostik usw.), die im Entwurf der SPD von 1966 enthalten gewesen waren, sind in einem -inzwischen verabschiedeten- "Arbeitsförderungsgesetz" aufgegangen. Von der Stufenausbildung (§ 26 des Entwurfs) ist nur im Sinn des Krupp- und IG-Metall-Plans die Rede. Die Gesetzgebungs- und Konzernkapital und den Gewerkschaftstechnokraten gleichermaßen geforderte Immobilisierung der Mehrheit der jungen Arbeiterklasse zugunsten einer verschwindenden Minderheit von spezialisierten Lohnabhängigen vor.

Im übrigen unterscheidet sich das Gesetz von den bislang herrschenden Verhältnissen nur dadurch, daß es die Gewerkschaften in einen "Bundesausschuß für Berufsausbildung" und in regionale "Berufsausbildungsausschüsse" bei den Kammern "paritätisch" integriert. Diese "Parität" wird auch in einem neu zu schaffenden öffentlich-rechtlichen "Institut für Berufsbildungsforschung" gewahrt; damit durch diese Einrichtung die chaotische Struktur der Berufsausbildung nicht allzu sehr planifiziert wird, befindet sich der DGB in ihr freilich in einer hoffnungslosen Außenseiterposition gegenüber den Verbänden der großen und mittleren Industrie und des Handwerks.

Zweifellos wird durch das Gesetz der bisherige monopolartige Einfluß der mittleren Industrie und des Handwerks auf die Berufsausbildung eingeschränkt werden, und zwar letzten Endes im Sinn der Funktionäre der großen Industrie, die wieder einmal erkannt haben, daß die Gewerkschaften (ähnlich wie in der Weimarer Republik) zu ihren wichtigsten Herrschaftsträgern werden müssen, wenn die Fortsetzung der Zentralisationsoffensive gegen die mittlere und Kleinindustrie gelingen soll. Die Integration der Gewerkschaften in den Organisationsapparat der Berufsausbildung dient demzufolge noch nicht einmal dem Ziel, die im Verlauf der Kapitalexpansion sich verschärfenden Widersprüche in der Berufsausbildung durch einen stabilen Lenkungsmechanismus zu neutralisieren.

#### 4.4. (Zusammenfassung)

Das Berufsausbildungsgesetz ist ein Instrument zur Verschiebung des bisherigen status quo der auf den Komplex der Berufsausbildung konzentrierten Machtinteressen. Es hat nicht die Funktion, eine technokratische Gesamtplanifikation im Sign der Steigerung des technisch-wissenschaftlichen Niveaus und daraus folgend der Mobilität der gesamten jungen Arbeiterklasse einzuleiten. Es wird vielmehr dazu benutzt, den bisherigen dreiteilig angelegten Konflikt zwischen mittlerer Industrie und Handwerk, selektiven Planifikationsinteressen der Großkonzerne und Gewerkschaftsforderungen tendentiell in einer gewerkschaftlich-monopol-kapitalistische Zweckkoalition gegen die mittlere Industrie und das Handwerk aufgehen zu lassen. Die Gewerkschaftsapparate werden, indem sie allmählich verstaatlicht werden (jetzt auch im Bereich der Administration der Berufsausbildung), zur Bindung des mittleren und kleinen Kapitals an die Konzerne herangezogen.

10

Die Bedürfnisse der Lohnabhängigen spielen dabei keine Rolle. Bei den Funktionären der mittleren und kleinen Unternehmen wird gleichzeitig der Trend zur neofaschistisch-antigewerkschaftlichen Radikalisierung verstärkt. Erst in zweiter Linie wird das Berufsausbildungsgesetz dazu benutzt, die weitere Expansion der Großkonzerne durch die Einführung einer beschränkten Steuerung der Berufsausbildung abzusichern. Zu diesem Zweck wird es den Gewerkschaften gestattet, das bisherige Monopol der mittleren Industrie und des Handwerks über die Berufsausbildung aufzubrechen. Sie sollen garantieren, daß die Rückwirkungen der neuen monopolkapitalistischen Zentralisationsoffensive auf die Berufsausbildung, die die in ihr ohnedies schon angelegte Disproportionalität weiter verstärken wird, rechtzeitig aufgefangen werden. Die Qualifikationsschere der Berufsausbildung wird sich freilich trotz des Gesetzes weiter öffnen.

## PRESSEERKLÄRUNG

Presseerklärung: Den jahrelangen Versprechungen Schillers und den Stillhalteappellen der Gewerkschaftsfunktionäre haben die Arbeiter im Bergbau, in der Stahl- und Metallindustrie die richtige Antwort erteilt. Anstatt den Ausgang des Wahlkarussells und die Rücknahme aller Wahlversprechen in den Koalitionsverhandlungen abzuwarten, anstatt wie 1961 und '65 die Preissteigerungswelle nach der Wahl geduldig über sich ergehen zu lassen, anstatt weiter Tarifverhandlungen hinter verschlossenen Türen zu vertrauen, haben sie in dem Augenblick, in dem die Unternehmerparteien um das Wohlwollen ihres Stimmviehs buhlen, den Kampf um ihre berechtigten Lohninteressen dort aufgenommen, wo sie stark sind: im Betrieb.

Die Arbeiter haben begonnen, für ihre Interessen zu kämpfen. Die bürgerliche Presse versucht, die Arbeiter durch manipulative Informationen voneinander zu isolieren; die Parteien und die bürgerlichen Kommentatoren basteln an einer Theorie der nationalen Schande im Verlust des Arbeitsfriedens und an Verschwörungstheorien; die Gewerkschaften zwingen mit den Unternehmern die Arbeiter zur Annahme lächerlicher Kompromisse.

Der SDS und die Basisgruppen der Arbeiter, Lehrlinge und Schüler werden versuchen, diese manipulative Isolierung der Streikenden von ihren Kollegen durch Flugblattkampagnen überall in der BRD zu durchbrechen.

Darüberhinaus sind Beobachtergruppen des SDS in die Streikzentren gefahren, um sich an Ort und Stelle über den Streikverlauf zu informieren.